



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

23. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Jens Petersen (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3400	
Vorlage 15/1116	
Einzelplan 14 Vorlage 15/1069	
Einzelplan 02 Vorlage 15/1075	
– Erläuterungen von Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) zum Einführungsbericht in den Haushalt	7
– Diskussion	10

2 E.ON – Ausschüttungen streichen statt Arbeitsplatzabbau 18

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2847

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Diskussion den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der LINKEN ab.

3 Landtag als Vorbild: Energie sinnvoll einsparen – Energie effizient nutzen – Energie aus Erneuerbaren Energien verwenden 21

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1925 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 15/346

Der Ausschuss kommt nach kurzer Aussprache überein, auf ein Votum an den federführenden Haupt- und Medienausschuss zu verzichten.

4 Novellierung der 17. BImSchV – Schadstoffbelastung durch Abfallmitverbrennung vermindern, Öko-Dumping verhindern 24

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2358

Ausschussprotokoll 15/362
Stellungnahmen siehe APr 15/362

Der Ausschuss kommt überein, wegen Beratungsbedarfs den Punkt in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten

5 Erwerb der Bundesanteile an der Duisburger Hafen AG 25

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2850

Der Ausschuss vertagt die Beratung des Punktes auf die nächste Sitzung.

6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320
Stellungnahmen siehe APr 15/320

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration zu verzichten.

7 Ausbildungschancen ergreifen – Warteschleifen möglichst vermeiden! 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3412

Der Ausschuss lehnt den Antrag nach kurzer Debatte mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

8 Verschiedenes 29**8.1 ITB 29**

Auf Vorschlag des Vorsitzenden fasst der Ausschuss den Vorratsbeschluss, eine Reise zur ITB durchzuführen, sofern sich die Obleute auf Details verständigen.

8.2 Struktur der Anhörung zur Änderung des Ladenschlussgesetzes 30

Der Ausschuss lehnt zunächst den Vorschlag des Vorsitzenden zur Strukturierung der Anhörung bei Stimmengleichheit ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Vorschlag, die Reihenfolge zu drehen, bei Stimmengleichheit ebenfalls ab.

Der Ausschuss kommt überein, bis zu Beginn der am Nachmittag stattfindenden Anhörung zu den Ladenöffnungszeiten eine Einigung über die Strukturierung der Anhörung zu erreichen.

* * *

6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320
Stellungnahmen siehe APr 15/320

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Dr. Jens Petersen leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 20. Oktober 2011 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration – federführend – sowie zur Mitberatung an zahlreiche Fachausschüsse überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss habe zu dem Gesetzentwurf am 9. November 2011 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, zu der der AWME nachrichtlich eingeladen worden sei. Das Ergebnis der Anhörung sei im Ausschussprotokoll 15/320 dokumentiert. In der letzten Sitzung sei beschlossen worden, heute die abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen.

Dietmar Bell (SPD) erklärt, die anderen mitberatenden Ausschüsse hätten kein Votum abgegeben, weil hier möglicherweise noch Änderungsanträge verhandelt würden. Insoweit plädiere er dafür, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten.

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration zu verzichten.

